

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

88. Jahrgang.

162

Donnerstag, den 17. Juli

1919

## Armes Vaterland!

Wohin wir heute blicken, überall zeigen sich in unserem Vaterlande die Merkmale der Zerstörung und der Zerrüttung. Die Arbeitslosigkeit im deutschen Volke hält weiter an und ein Streik ist noch immer den andern ab, ohne daß es die Regierung magt, mit fester Hand zuzugreifen, um dem volks- und vaterlandsfeindlichen Treiben gewissenloser Volkskreise, die vom Wohlstand des Geldhungerers befallen sind, energisch und endlich Einhalt zu tun. Nachdem die Arbeiter der Industrie, die Beamten und die Angestellten der Reihe nach gestreikt haben, können jetzt die Landarbeiter das Werk, das Volk und Vaterland auf dem Weg des Krebses im höchsten Tempo weiterzutreiben muß. Auch hier, wie bei allen wilden Streiks, hat es sich gezeigt, daß als Drahtzieher radikale Elemente hinter den Streikenden stehen, die am Feuer des Streikes ihr Exzessivköpfchen kochen wollen. Man muß sich nachher fragen, ist denn unser Volk in solchen Krisen völlig mit Blindheit geschlagen, daß es nicht einseht, welchen Weg das Verderben es schreitet? Wir müssen uns heute vom Auslande, das einst neidisch auf die deutsche Arbeitskraft, auf den deutschen Arbeitswillen schaute, fragen lassen: Haltet Euer Volk zur Arbeit an, nötigenfalls unter staatlichem Zwange. Sind wir doch tief heruntergekommen! Frankreich darf uns die Mahnung zur Arbeit geben, in Deutschland aber treiben die Heizer und Wähler ihr sinnloses Werk ungeniert fort, und ihre Kulisserarbeit ist dabei auch noch von den schönsten Erfolgen begleitet, weil die Regierung nicht den Mut aufbringt, um dieser Gesellschaft der Bankrotteure ein und für allemal das Handwerk zu legen. Es hat sich ja bei den Berliner Eisenbahner- und Verkehrsstreiks, die jetzt endlich für einige Zeit beigelegt sind, gezeigt, wie schwächlich und energielos die heutigen „Rechtler“ dastehen. Der Arbeitserlass Nankes wurde damals zurückgezogen, und der Reichswehrminister, der am ehesten noch so etwas wie harte Entschlossenheit aufbringt, dadurch bloßgestellt, weil die, die hinterher das Feuer schüren, mehr Mut als die Regierung besaßen. Dieser Rückzug der Regierung war eine böse Tat, und es ist der Fluch der bösen Tat immer und ewig, daß sie fortgesetzt Böses muß gebären. Die Wirkungen ließen sich ja prompt ein. Aus Anlaß des drohenden Landarbeiterstreiks ist über ganz Pommeran der Belagerungszustand verhängt worden. Fluch sind die Streikheizer beim Werk und peitschen die Massen zur Auflehnung auf. In Stuttgart soll der Generalstreik aller gewerkschaftlich organisierten die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Beseitigung des Streikverbotes gegen die Landarbeiter erzwingen.

Der ganze tragische Wahnsinn unserer Zeit bröckelt sich erschütternd in diesem Generalstreikbeschlusse aus. Welches man denn in Stuttgart nicht, welche katastrophale Folgen ein Landarbeiterstreik im Augenblicke der Krise für unser ganzes Volk haben muß? Es ist jammersvoll, daß heute jeder Tag, der von Neuem kommt, eine nie wieder gut zu machende Schädigung unseres Volksganzen bringt. Armes, deutsches Vaterland, wie tief bist Du gesunken durch die Schuld Deiner Kinder.

Die Waffe, mit denen einst die Führer der Massen, die nun am Regierungstische sitzen, ihren Sieg zu erringen suchten, (Schlag heute ihren eigenen Herrn. Der Streik, der als immer erlaubtes Mittel einst von der Sozialdemokratie empfohlen wurde, frisst ihr heute am eigenen Leibe, dabei würgt er aber auch das wirtschaftliche Dasein unseres Volkes und die gesamte Existenz unseres Vaterlandes ab. Wir haben heute wahrhaftig alle Ursache, mit tiefem Schmerze um unser armes Vaterland zu bangen. Unvernünftige Nimmermänner und eitle Loren treiben es mit dem gesamten Volke ins Unglück auf der Jagd nach nutzlosen Lohnschlössern und im mißverstandenen Begriff der neuen Freiheit. Wann steht der Reiter auf dem Volke und dem Vaterlande?

## Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 15. Juli. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.50 Uhr. Thiele (Soz.) stellt eine Anfrage über das von der Verwaltungsfelle veräußerte Hoerresgut, das dem Schleichhandel Vorstoß geleistet und das Erlösen beträchtlicher Zwischengewinne ermöglicht habe. — Ein Vertreter des Reichsfinanzamtes erteilt Auskunft, daß die Zwischengewinne sich in erträglichen Grenzen bewegen und teilweise der Fiskus an dem Verdienst beteiligt werde.

Hierauf wird für den aus dem Präsidium ausgeschiedenen Unterstaatssekretär Schulz-Opfermann (Soz.) auf

Vorschlag des Abg. Gröber (3.) durch Zuzug der Abg. Lohde (Soz.) zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung einstimmig gewählt. Lohde nimmt dankend an.

Kunze setzt das Haus die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes mit dem zweiten Haupttitel „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ fort. — Auf Antrag des Abg. Gröber (3.) wird der Art. 107 nach kurzer Debatte als endgültig gestrichen.

Art. 108 bestimmt: Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich: Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Wesentlich rechtliche Vorrechte und Nachteile der Geburt und des Standes bestehen nicht. Adelsbezeichnungen gelten nur als Titel des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. Titel dürfen nur als Amts- und Berufsbezeichnung verliehen werden. Akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen. Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer auswärtigen Regierung Titel oder Orden annehmen.

Heine (SP.) und Genossen beantragen die Streichung sämtlicher Bestimmungen über die Adelsbezeichnung, Titel, Orden und Ehrenzeichen. Frau Agnes (USP.) u. Gen. beantragen folgende Fassung: Der Adel wird abgeschafft, Vorrechte und Nachteile der Geburt oder des Standes bestehen nicht. — Die Reichssozialisten Tuer und Gen. beantragen gleichfalls Abschaffung des Adels und die Gleichstellung der Männer und Frauen nur in den staatsbürgerlichen Rechten (nicht Pflichten).

Endlich beantragen die Mehrheitssozialisten Frau Tschacg und Gen., hinter dem Satz über die Gleichstellung von Männer und Frauen den Zusatz: Die Bestimmungen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts sind entsprechend zu bezeichnen. Auf Antrag Dr. Quare (Soz.) wird über die sozialdemokratischen Anträge betreffend Gleichstellung der Frauen namentlich abgestimmt werden. Nach längerer Debatte wird der Artikel 108 in der Fassung des Ausschusses angenommen. Die eingebrachten Änderungsanträge werden sämtlich abgelehnt.

Art. 109 bestimmt, daß die Staatsangehörigkeit im Reich und in den Ländern nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes erworben und verloren wird. Ahmann (SP.) richtet einen dringlichen Appell an die Reichsregierung, alles zu tun, um den Deutschen, die jetzt gezwungen werden, die polnische Nationalität zu erwerben, in späterer Zeit die Rückkehr in den deutschen Staatsverband in jeder Weise zu erleichtern.

Art. 109 wird unverändert angenommen, ebenso Art. 110 (Freiwilligkeit im ganzen Reich).

Präsident des Reichsministeriums Bauer: Auf den Appell des Abg. Ahmann kann ich erklären, daß die Regierung, obgleich natürlich ein Beschluß der Gesamtregierung noch nicht erfolgt ist, nach meiner Überzeugung die Auffassung hat, daß diesem Wunsche nach Kräftigen Folge geleistet werden muß. Die Regierung wird sich sobald wie möglich mit dieser Frage beschäftigen und beschließen, welche Maßnahmen zu treffen sind, um die Rückkehr derjenigen, die später die deutsche Staatsangehörigkeit wieder erwerben wollen, zu erleichtern (Beifall).

Art. 112 bestimmt den Schutz der freien volkstümlichen Entwicklung der fremdsprachigen Volksstämme.

Cohn (USP.) beantragt einen Antrag seiner Partei, statt „fremdsprachigen Volksstämme“ zu sagen: „Nationale Minderheiten“.

In der Abstimmung erklärt Präsident Fehrenbach den Antrag Cohn für abgelehnt.

Art. 113 handelt von der persönlichen Freiheit, deren Beschränkung nur auf Grund von Gesetzen zulässig sein soll. Die Unabhängigen Agnes und Gen. beantragen dazu die Aufhebung der Ausnahmsgesetze gegen die Prostitution. Regierungskommissar Dr. Preuß erklärt die Frage als Gegenstand der Spezialgesetzgebung und empfiehlt Ablehnung des Antrags der Unabhängigen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Unabhängigen abgelehnt und der Artikel in der Fassung der Kommission angenommen. Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1/10 sonntags. Fortsetzung der Verfassungsvorlage.

## Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 15. Juli. Präsident Keil eröffnet die Sitzung um 4 1/2 Uhr.

Am Regierungstisch, Staatspräsident Bior, Erziehungswissenschaftler Baumann und Ministerialdirektor Erlenmayer. Der Präsident Keil gibt die Mandatsüberlegungen der Abg. Frau v. Soden (3.), Wafner (S.), Engelhardt

(U.S.P.) und Dreher (S.) bekannt; an ihre Stelle treten Feil (3.), Hegler (Soz.), Schuhmacher (U. S. P.) und Felle (Soz.).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Anfrage der Abg. Wiber und Gen. (U.S.P.) an den Arbeitsminister wegen Einschmuggelung teurer Fertigfabrikate vom Auslande nach Württemberg, und die Anfrage des Abg. Schäble und Gen. (U.S.P.) an denselben Minister wegen Zuweisung von Textilwaren aus den Herrenschatzen an Kleider. Die Anfragesteller legen ihre Anfragen zurück und wollen sie bei der Staatsbesprechung wieder zur Sprache bringen. — Der Abg. Bayer (U.S.P.) stellt seine Anfrage an das Staatsministerium wegen Sicherstellung des Kohlenbedarfs des Landes vorerst ebenfalls als erledigt an, wird aber bei Beratung des Etats wieder auf die Angelegenheit zurückkommen. Zu der Anfrage des Abg. Hornung und Gen. (U.S.P.) an den Verkehrsminister wegen Befreiung eines bei der letzten Gemeinderatswahl als Kandidat der U.S.P. aufgetretenen und gewählten Eisenbahnbeamten der Station Alpegg erklärt Staatspräsident Bior, daß die Anfrage in aller nächster Zeit erledigt werde.

Bei der ersten Beratung von Staatshaushaltsplanes für 1919 erklärt die Abg. Zeitlin (U.S.P.): Wenn die anderen Parteien unter sich verabredet haben, von einer Generaldebatte abzusehen, so protestieren wir dagegen, weil wir der Meinung sind, daß die jetzige Situation eine Besprechung geradezu herausfordert. — Man geht dann sofort über zur zweiten Lesung. Bei Kapitel 3 „Staatsschuld“ bemerkt der Abg. Römer (SP.): Von der Finanzverwaltung hätte schon längst etwas geschehen sollen, um den Kurs der Kriegsanleihe zu heben. Warum sind die Versprechen, die leinergest gemacht wurden, um den Kurs auf der Höhe zu halten, nicht eingelöst worden? Wir verzichten auf die Wiederaufnahme unseres Antrags, behalten uns aber vor, bei Gelegenheit auf unsere Wünsche, den Kurs wieder in die Höhe zu bringen, zurückzukommen. — Pfäfer (S.) Eine künstliche Emporführung des Kurses der Kriegsanleihe käme einer Schwundelwirtschaft gleich, die wir nicht mitmachen.

Die Kapitel 1 bis 8 werden genehmigt.

Bei Kap. 9 „Staatsministerium“ beantragt die Abg. Zeitlin (U.S.P.) die Ziffer 5 „Pressenabteilung“ zu streichen. — Schott (U.S.P.): Wir müssen in erster Linie darnach trachten, daß wir bei unseren trostlosen Finanzverhältnissen sparen, wo wir können. Wir sind aber nicht in der Lage, dieser Position zuzustimmen. Der Leiter dieser Abteilung muß das unbedingte Vertrauen besitzen und Loyalität besitzen. Beide Eigenschaften treffen nicht in dem Maße zu wie dies nach unserer Auffassung notwendig ist. Man weiß gar nicht, woher der Herr kommt, wo er geboren ist. Man sagt, seine Eltern seien beide keine deutschen Reichsangehörigen gewesen. Wir wissen, daß er während des Krieges politischer Agent im Auslande war, daß er nach Ausbruch der Revolution in Stuttgart mit französischen Offizieren gesehen wurde, die er in seine Wohnung mitnahm. Ich glaube, es muß auch heute noch, wenn auch nur ein bißchen, eine Anleihe unter den Kandidaten getroffen werden. Wir wissen nur, daß der Herr während der Revolutionstage im Rat der geistigen Arbeiter tätig war. Es genügt zum Beschuldigungsnachweis nicht, daß einer Parteiglieder gewesen ist.

Staatspräsident Bior: Eine Pressenabteilung ist für uns unbedingtes Erfordernis. Sie wurde, um Kosten zu ersparen, an das Staatsministerium angegliedert. Wir können die Presse nicht entbehren. Es ist richtig, daß der Herr auf die Empfehlung eines demokratischen Herrn angestellt wurde, an dessen Vertrauenswürdigkeit zu zweifeln wir keine Ursache hatten. Bis jetzt hat der Herr nichts getan, was uns Anlaß geben würde, ihn zu tadeln. Ueber das Verhalten dieser Persönlichkeit am Revolutionstag kann man verschiedener Meinung sein. (Zuzug von rechts: Als Deutscher nur einer Meinung!) Ich werde Ihrem Wunsche entsprechen und mir nähere Kenntnisse über die Persönlichkeit verschaffen. Was bis jetzt gesagt worden ist, kann ich nicht ohne weiteres als authentisch anerkennen. — Zeitlin (U.S.P.): Auch wir lehnen die Position ab, weil wir die Pressenabteilung für unnötig, ja schädlich halten. — Hanzer (3.): Die Schaffung der Pressenabteilung wurde von der Presse selbst lebhaft begrüßt; wir wünschen ihren weiteren Ausbau; sie darf aber nicht lediglich eine Übermittlungsstelle von Nachrichten an die Presse sein. In solcher Hinsicht wird die Mehrheit meiner Fraktionsgenossen dieser Forderung zustimmen. — Scheel (U.S.P.): Nach unserer Meinung darf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei kein Hindernis für die Stellenbelegung sein. Auch wir sind der Meinung, daß über die Persönlichkeit des neuen Herrn alles erforscht wird; wenn die persönliche Betragen-

Bruder  
and orf  
Blazarett  
Eltern  
Frau  
er  
men  
ten.  
rtmittel-  
efsuch  
e oder auch  
dditiong del  
öhne  
stfria.  
ng!  
onikas  
Alle können  
auf Neue  
eingelöst  
werden.  
Dieselbe  
1837  
chte (einst-  
e- und aus-  
zu verkaufen.  
Hohner,  
kannacher  
Verkehr. 27.  
old.  
rde  
achten,  
ransportable,  
de, haust zu  
Breiten  
Stichel,  
el. Nr. 100.

Karlsruhe-Blatt:  
In die einseit. Seite  
gewöhnl. Schrift ab:  
letzten Raum bei ein-  
schränkung 20 Bl.  
bei mehrmaliger  
aufprechend. Nachr.  
Sprechpreis 20.  
Wochenschrift:  
1112 Stuttgart.



heit nicht einwandfrei ist, werden wir keinen Versuch machen, ihn zu halten. — Sager (S.): Es muß zwischen der Regierung und der Presse des Landes die notwendige Verbindung hergestellt werden. Meines Wissens ist der Vorstand der Presseabteilung als Kriegsfreiwilliger jetzt ins Feld gezogen. Wir stimmen der Vortage zu. — Schott (S.P.): Auch die württ. Presse hat genügend geeignete Leute für diesen Posten, ganz gleich, welcher Partei sie angehört. — Nach weiteren Bemerkungen des Staatspräsidenten Blos, der Abg. Schott und Jettin wird der Antrag Jettin gegen die Stimmen der Bürgerpartei und der Unabhängigen abgelehnt. Nach Genehmigung des Kapitels 9, 9a und 9b wird die Beratung hier abgebrochen.

Man geht dann über zur Erledigung verschiedener Eingaben.

Das Haus stimmt dann einem Finanzaußschußantrag ohne Debatte zu, das Staatsministerium möge dafür sorgen, daß die Bewilligung der Löhne an Angehörige von Kriegsgefangenen in liberalerem Sinn als bisher erfolgt. Ferner soll das Kriegsministerium darauf hinwirken, daß den Kriegern, die noch keinen Entlassungsantrag erhalten haben, ein solcher nachträglich zugestimmt wird, oder wenn die Vorarbeiten der Herrensverwaltung nicht ausreichen, eine Geldentschädigung gewährt wird. Außerdem soll das Kriegsministerium ersucht werden, die zu Wohnzwecken geeigneten Militärbaracken den Gemeinden zur Abhilfe ihrer Wohnungsnot zu überweisen. Endlich soll das Staatsministerium ersucht werden, die Erfüllung der Milchlieferungspläne sicher zu stellen und gegen sämtliche Lieferungsverpflichtungen mit allen Mitteln vorzugehen. Zu letzterem Antrag sprachen die Abg. Köhler (S.P.) Bock (S.), Ritter (S.), Pfleger (S.), Rothfeller (S.), Herrmann (S.P.) und Ernährungminister Baumann. Schluß nach 1/2 Uhr. — Mittwoch 9 Uhr Fortsetzung mit der Tagesordnung: 1. Finanzetat, 2. Uebergangsgesetz, 3. Russische Kriegsgefangene, 4. Polizeistrafrecht.

### Tagebucnigkeiten.

#### Der Landarbeiterstreik.

Berlin. Die Vertreter der Stettiner Gewerkschaften haben beschlossen, in den Generalstreik einzutreten, um den kommandierenden General zu zwingen, den Belagerungszustand wieder aufzuheben und auch das Streikverbot gegen die Landarbeiter zu beseitigen.

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Stettin: Die Behauptung des Belagerungszustandes über fast ganz Pommern hat unter den Sozialdemokraten ziemlich Erregung hervorgerufen. In Anklam ist es gestern nachmittag zum großen Generalstreik gekommen. Zuerst traten die Arbeiter des landwirtschaftlichen Einkaufsvereins in den Ausstand. Sie begaben sich in geschlossenem Zuge nach den anderen Betrieben und zwangen die Arbeiter zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Durch den Streik sind fast alle Betriebe still gelegt und der Anklamer Anzeiger konnte nicht erscheinen. Das Wasserwerk arbeitet vorläufig noch. Die Gewerkschaften sind gegen den Streik. Der Betrieb der Straßenbahn ruht in Anklam ebenfalls.

Stettin. Auf etwa 20 bis 30 Hektar des Kreises Franzburg brach ein Streik aus. Mehrfach kam es vor, daß von Streikenden Terror ausgeübt wurde. In Straßund ruht im Zusammenhang mit dem Landarbeiterausstand seit gestern jede Arbeit.

Wie der „Vorwärts“ berichtet, fordert die Arbeiterschaft in Straßund die Absetzung des Regierungspräsidenten, die Suspendierung aller schuldigen Landräte, die zur Regelmäßigkeit gezogen werden sollen, die Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Freilassung aller fremden Militär. Die Ursache zur Behauptung des Belagerungszustandes waren, wie es im „Vorwärts“ heißt, übertriebene Forderungen des Landrats von Franzburg. Es ist unrichtig, sagt das Zentralorgan der sozialdem. Partei, die Streikgefahr in der Landwirtschaft nur unter dem Gesichtswinkel der politischen Krise zu betrachten. Die Landarbeiterfrage befindet sich tatsächlich in wirtschaftlichen Verhältnissen, die eher alles andere als rosig sind und die dringend einer Verbesserung bedürfen.

Weimar. Der Abgeordnete Dr. Mittelmann (Deutsche Volkspartei) brachte in der Nationalversammlung eine Anfrage ein, welche Maßnahmen die Regierung getroffen habe, um einen drohenden Erntestreik zu vereiteln und die Einbringung der Ernte und damit die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen.

#### Die Bedrohung Oberschlesiens.

Breslau, 16. Juli. Von wohlunterrichteter Seite wird gemeldet: Die polnischen Organisationen für Befreiung Oberschlesiens arbeiten unentwegt mit allen Mitteln zur Erreichung ihres Zieles. Mit einer genauen Propaganda verbunden ist den Plan, durch Gewalttätigkeiten an den Verkehrsmitteln, der Eisenbahn, Post und Telegraph, Sabotage zu üben. Hiergegen kommt der Grenzschutz in den meisten Fällen rechtzeitig eingegriffen. Die verächtlichsten Bestimmungen über die bevorstehende Abstimmung fällen die Hoffnungen der Polen. Irgendwem scheint nicht der Wunsch zu bestehen, auf neue Unternehmungen auszugehen, sodah sich die Verhältnisse an der schlesischen Grenze weiter im allgemeinen entspannt haben.

#### Englische „Bürgerschaften für den Frieden“.

Amsterdam, 15. Juli. Wie „Daily News“ melden, hielt Sir Douglas Haig in Aberdeen eine Rede, in der er erklärte, jeder heranwachsende junge Engländer müsse im

Gebrauch des Gewehres unterwiesen werden, damit, wenn die nächste große Probe kommen sollte, wie sie eines Tages sicher kommen werde, England eine Nation in Waffen sei, bereit und vorbereitet, um sich jeder Probe gewachsen zu zeigen.

#### Die Schwierigkeiten in Italien.

Rotterdam, 15. Juli. Daily Telegraph meldet aus Mailand: Die Auflehnung des Volkes gegen die Regierung der Lebensmittel und die heftigen Unruhen, die bei dieser Gelegenheit stattfanden, haben Italien in eine sehr schwierige Lage gebracht. In Hunderten von Städten fehlt es an Nahrung. Die Regierung bemüht sich eifrig, die Lage zu beherrschen. In sämtlichen Dörfern u. Städten sind die Magistrate Tag und Nacht damit beschäftigt, eine Lösung für das schwierige Problem zu finden. Die sozialistischen Organisationen vermehren dadurch, daß sie gegen die Herabsetzung der Löhne sind, die Schwierigkeiten. In ganz Italien kann man kein Paar Schuhe mehr kaufen. Alle Schuhläden sind ausgeraubt oder leer verpfändet. In den Kassen und Sparkassenschäften von Mailand kann man kein Bier mehr bekommen, da die Wirte sich weigern, das Bier zum halben Preise zu verkaufen. Die Kleidermacher weigern sich, Angabe zuzuschneiden, da die Arbeiterbedürfnisse die Herabsetzung der Schneideelöhne nicht gestatten. Die Bauern wollen ihre Erzeugnisse nicht zur Stadt bringen, da sie bei den herabgesetzten Preisen die Arbeitselöhne und sonstigen Unkosten nicht decken können. Die Presse weist daraufhin, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes nicht in 24 Stunden durch einschlägige Maßnahmen geregelt werden können. Hier und dort dauern die Unruhen an. Am Freitag kam es anlässlich einer Volkskundgebung zu einem Zusammenstoß mit Truppen, die Maschinengewehre abgaben und 4 Personen töteten.

Berlin. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge lag eine Depesche des „Euros-Pres“ aus Rom, daß die Polizeikräfte in Mailand, Rom, Genua, Neapel und Lavin beabsichtigten, im Anschluß an den Generalstreik vom 21. Juli in den Streik einzutreten, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

#### Aufgaben des Reichswirtschaftsamtes.

Berlin. Die „Glocke“ teilt Auszüge aus einer Gegenschrift mit, die Reichsminister Schmidt in Verantwortung der Wiffel'schen Denkschrift vor längerer Zeit dem Kabinett unterbreitet hatte. Schmidt wiffel'sche Kritik an den Leistungen des Koalitionskabinetts zurück. Die bisherigen Gesetzgebungsleistungen des Reichswirtschaftsamtes hätten die Arbeiterschaft weder belebt noch beruhigt. Es müsse ein Petroleum-Monopol in Angriff genommen werden. Nicht minder wichtig sei die Herabsetzung eines Getreide-Monopols, und sehr wichtig erscheine die Sangangriffnahme eines Tabak-Monopols.

#### Kleine Nachrichten.

Amsterdam. Wie das Pressebureau Radio aus New-York mitteilt, wurde die Bildung einer Organisation zur Ernährung der Kinder in Europa bekanntgegeben. Sie wird das von der amerikanischen Hilfsorganisation bezonnene Werk in Europa fortsetzen.

Darmstadt, 15. Juli. In der hiesigen Volkskammer gab Ministerpräsident Ulrich bekannt, daß General Mangin ihm mitgeteilt habe, daß er die anlässlich des Streiks zu 2 bis 5 Jahren Gefängnis verurteilten Eisenbahner begnadigt hat.

Amsterdam, 16. Juli. Die „Niederl. Teleg.-Ag.“ meldet drahtlos aus Washington, daß die vollständige Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen Amerika und Deutschland nicht vor Mitte Winter zu erwarten sei.

Essen, 16. Juli. Die Förderung im Ruhrrevier hielt sich in der Vorwoche auf rund 225 000 Tonnen täglich. In den letzten Tagen der Woche war eine geringe Zunahme zu verzeichnen. Die Abfuhr selbst unter Wagenmangel, namentlich im westlichen Teil des Reviers. Durch die örtlichen Verkehrsstockungen wird die Lage wesentlich verschleiert, da zahlreiche Züge tagelang festliegen. Der Umschlag in den Duisburg-Ruhrorter Häfen hob sich um ein Geringses. Es wurden arbeitsmäßig 11 300 Tonnen verladen. In den privaten Rheinhäfen hat der Verkehr im Vergleich zu den letzten Wochen ebenfalls etwas zugenommen. In den Häfen des Rhein-Herne-Dortmund-Emsekanales ist der Kohlen- und Koks-Umschlag unbehindert sehr lebhaft. In der Vorwoche wurden im Tagesdurchschnitt 26 300 Tonnen umgeschlagen.

#### Bemischtes.

Amsterdam, 15. 7. Wie das Pressebureau Radio meldet, veröffentlicht das russische Informationsbureau in New-York eine Mitteilung über die Beschäftigung der russischen Industrie durch die Bolschewisten. Davin wird hervorgehoben, daß so gut wie ganz die gesamte russische Industrie lahmgelegt ist, weil die Mittel zur Bezahlung der Arbeiter fehlen.

Amsterdam. Wie aus Kamerongen gemeldet wird, ist der ehemalige deutsche Kaiser krank. Auch die Kaiserin ist unwohl.

Amsterdam. Paul Telegraf“ brach sich an Bord des englischen Dampfers „Lake Kay“, der in Hull eingetroffen ist, als blinder Passagier der 11jährige Erich Selzner aus Hamburg. Er erklärte dem englischen Kapitän, daß er wegen der Armut seiner Eltern aus Deutschland auswandern wolle.

Der Streik der Schulbuben. Der Leitung der kaufmännischen Schulen der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin ging folgendes Schreiben zu, das wir wörtlich wiedergeben: „Laut der Massenversammlung vom 27. et. treten hiermit alle Pfortenbildungs- und Fachschüler in den Streik (Schulstreik.) Wir Fachschüler (Korp. d. Kaufm.) erklären uns mit unserer Genossen solidarisch. Der Streik soll mit dem 30. Juni 19 beginnend und sollen unsere Forderungen nicht bewilligt werden noch nach den Ferien fortsetzen. Forderungen der Fachschüler (Korp. d. Kaufm.): 1. Die Verlegung der Schulzeit in die Arbeitszeit (vormittags). 2. Beschäftigung aller Privatlehrer. 3. Mitbestimmung der Schüler in Schulfragen Lehrplänen, Stundenplan usw. 4. Abschaffung der Schulgelder. 5. Einrichtung von Sportstunden, sowie von Spielabenden. 7. Herabsetzung der Präkoll- und Saisinpädagoger. Wir bitten von dem Schulstreik und sein Zweck Kenntnis zu nehmen und dies sämtlichen Leuten bekanntzumachen. Es soll sich kein Lehrer wagen unsere Streikposten wegzujagen, sonst müssen wir mit anderen Mitteln eingreifen. „Freie Jugend Groß-Berlin.“ Die Schülerliste.“ Jugendsekretariat Schülerr. 5-6.“ — An ihren Fräulein soll ihr sie erkennen: die radikal sozialistische „Jugendausbildung.“

#### Aus Stadt und Bezirk.

Magold, 17. Juli 1919

\* Freiwillige Feuerwehr. Am letzten Sonntag fand im Gasthof „Linde“ die Verleihung von Diplomen und Ehrengaben für treueleistende Dienste in der Freiwilligen Feuerwehr Magold statt. Kommandant Gabel bezeugte seine Freude, daß eine so stattliche Zahl Männer dafür ausgezeichnet werden konnte, daß sie sich so lange Zeit in den Dienst der Allgemeinheit stellten. Für 35jährigen Feuerwehrdienst wurde Herrn Kempf ein köpftierlich ausgearbeitetes Ehrendiplom unter gleichzeitiger Ernennung zum Ehrenmitglied überreicht; für 32jährigen Dienst ein gleiches Diplom Herr Karl Hart, Schuldiener; für längere Tätigkeit erhielten die Herren Karl Hofer, Stabsführer, Fr. Weinstein, Musikdirektor und Wih. Gutekunst, Geräteverwalter, je eine Loschennur, und für 25jährige Dienstzeit erhielten Diplome die Herren: Heinrich Schühle, Schreinermeister, Konrad Seigler, Heizer, Fritz Schneider, Spinner, Christian Kähle, Schleifermeister, Hermann Müller, Schuhmachermeister, Gottlieb Schittenhelm, Schuhmachermeister, Gottlieb Deuble, Straßenwart, Gottlieb Kopp, Tuchmacher, Heinrich Jung, Korbmacher, Gottl. Müller, Säger, Johann Tasse, Säger und Joh. Kaiser, Ökonom. Herr Stadtschultheiß Maier gratulierte den wackeren Männern und sprach den Leistungen der Feuerwehr unter ihrem nimmermüden Kommandanten die verdiente Anerkennung aus. Möge sich die Wehr auch weiterhin weiterentwickeln „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr.“

Erleichterung des Kurverkehres. Die Vertreter der Kurortbezirke haben dieser Tage mit dem Ernährungsminister eine Beratung wegen Erleichterung des Kurverkehres, der ja in Württemberg weit größere Einschränkungen auswirft, als in Baden und Bayern und nachgerade zu einer wirtschaftlichen Gefahr für die auf den Kurverkehr angewiesenen Geschäftszweige wird. Was in Baden und Baden möglich ist, müsse auch in Württemberg durchzusetzen sein, zumal da der jetzige Ausnahmezustand im Land obendrein als Mangel an Gleichheit und Gerechtigkeit empfunden wird.

Säuglingsmilch. Wir werden von sachverständiger Seite darauf aufmerksam gemacht, daß Professor Hamburger in Graz in einer medizinischen Zeitschrift darauf hinweist, daß sich auch nicht mehr köchliche Milch noch für Säuglinge verwenden lasse. Bekanntlich wird ja die sogenannte Säuglings-Buttermilch, die nichts anderes ist, als eine saure oder säuerliche Rogermilch, mit Mehl und Zucker gekocht sehr vielfach sogar als Heilmittel bei Säuglingen seit Jahren verwendet. Der Verfasser warnt davor, säuerliche Milch durch Sodazugabe köchlich zu machen, weil gerade die so behandelte Milch sehr häufig durch den Gehalt an Soda abführend wirke. Der Verfasser rät den Frauen, die Milch, wenn sie ins Haus kommt, gleich auf ihre Kochfähigkeit zu prüfen, daß sie einige Tropfen auf einem Kaffeefilter erhitzen. Gerinnt die Milch nicht, so möge die Mutter sofort, ohne auch nur kurze Zeit zu warten, sie im ganzen abkochen und in der gewünschten Weise verdünnen. Gerinnt aber die Milch, so mache man sich eine dicke Schleimabkochung von Mehl, Roggerst, Gerst, Heferetz u. dgl., und mische diese erkaltete Abkochung mit der nicht köchlichen Milch in dem gewünschten Verhältnis, setze Zucker zu und kochte nun entweder direkt auf dem Herde oder im Wasserbad. Auf diese Weise behandelte Milch gerinnt nicht mehr in groben Klumpen, sondern in feinen Flocken und ist, wie schon erwähnt, in den meisten Fällen für den Säugling unschädlich.

Haiterbach. Am Sonntag Nachmittag hielt die hiesige Vereinigung der Kriegsteilnehmer eine Versammlung im Gasthaus zur Linde ab. Der Vorsitzende verlas die sich über die außer- und innerpolitische Lage unseres Vaterlandes. Der uns von unseren Feinden aufgezwungene Friedensvertrag, in dem auch nicht die geringste Spur mehr von den 14 Wilsonspunkten entdeckt werden könne, sei nicht geeignet, der Welt den Frieden zu bringen. Durch die Ueberrahme der Hundert-Milliarden-Schuld würden unsere Finanzen aufs schwerste belastet werden. Da wir die höchsten Belastungen gemessen sind, sei sehr fraglich, besonders angesichts der fortwährenden Streiks, die dauernd



